

„Funktionssicherung für die gesamte hessische Polizei“ // PTLV-Präsident Karl-Heinz Reinstädt im Interview

Das Polizeipräsidium für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV) in Wiesbaden ist für die technische Funktionssicherung der hessischen Polizei verantwortlich. Über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen dafür, dass die Einsatztechnik, die Ausstattung und polizeiliche Informations- und Kommunikationstechnik für die rund 19.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Polizei zur Verfügung steht: Ob Polizeifuhrpark, Dienstwaffe oder digitale Funkgeräte – die Fäden laufen beim PTLV zusammen. INFORM sprach mit PTLV-Präsident Karl-Heinz Reinstädt u.a. über die Vor- und Nachteile einer solchen Kompetenzbündelung, die Einführung des HessenPC und einen neuen Namen für sein Präsidium.

INFORM: Seit September 2016 sind Sie der neue Präsident des PTLV in Wiesbaden. Was reizt Sie an dieser Position?

Reinstädt: Nach rund zehn Jahren als Referatsleiter in der Abteilung Landespolizeipräsidium im Innenministerium – und damit an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik – reizt mich die Verantwortungsübernahme und die Eigenständigkeit in einer Linienfunktion für eine Spezial-Polizeibehörde: Das PTLV ist für die Funktionssicherung der gesamten hessischen Polizei und damit der übrigen zehn hessischen Polizeibehörden zuständig. Dazu gehört auch die Verantwortung für die mir anvertrauten rund 420 Beschäftigten und die Zusammenarbeit mit Personalrat, Schwerbehindertenvertretung und Gleichstellungsbeauftragter.

Vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen – insbesondere durch den Terrorismus – sehe ich meine Aufgabe darin, im Verbund mit dem Innenministerium und den übrigen zehn hessischen Polizeibehörden einerseits größtmögliche Sicherheit für die Hessinnen und Hessen, andererseits

den bestmöglichen Schutz der dafür eingesetzten rund 19.500 Polizeibeschäftigten zu gewährleisten.

INFORM: Wie hat sich das Präsidium seit dem Gründungsjahr 2001 verändert?

Reinstädt: Das zunächst als „Mantelbehörde“ mit Beschäftigten aus drei (!) Polizeibehörden gegründete PTLV hat sich zwischenzeitlich als zentrales Kompetenzzentrum für Technik sowie das gesamte Spektrum der Einsatzmittel etabliert. Das reicht von der Schutzausstattung über Waffen bis zur Bekleidung der hessischen Polizei. Bei der Einführung des Digitalfunks trägt das Technikpräsidium nicht nur die strategische und operative Verantwortung für dessen Errichtung und Betrieb in der Polizei, sondern auch für Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz. Zunehmend wird unsere Fachkompetenz auch bei der Analyse und Datenauswertung im Bereich der Terrorismusbekämpfung geschätzt.

Der Organisationsentwicklungsprozess wurde seit 2012 bis heute gutachterlich begleitet. Insgesamt bin ich der Auffassung,





KARL-HEINZ REINSTÄDT

wurde 1956 im Altkreis Hanau geboren. 1972 trat er als Polizeiwachtmeister in den mittleren Dienst der hessischen Polizei ein, qualifizierte sich durch zwei Studiengänge an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung für den gehobenen und an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster für den höheren Polizeivollzugsdienst. Es folgt ein Auszug seiner wichtigsten beruflichen Stationen:

1990

Leiter Kriminalinspektion 10 für Kapitaldelikte sowie Pressechef im Polizeipräsidium Frankfurt am Main. Dozent am Fachbereich Polizei der damaligen VFH in Wiesbaden

1999 - 2000

Projektgruppe „Polizei-Organisationsreform 2001“ im Hessischen Innenministerium

2001

Polizeivizepräsident im Polizeipräsidium Mittelhessen in Gießen

2003

Direktor der Verwaltungsfachhochschule. Referatsleiter im Landespolizeipräsidium

Seit Sept. 2016

Präsident des PTLV

dass das PTLV aus diesem kontinuierlichen Prozess der Neuausrichtung gestärkt hervorgegangen ist und im Konzert der elf hessischen Polizeibehörden eine unverzichtbare Rolle bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einnimmt.

INFORM: Worin besteht aus Ihrer Sicht der Vorteil, die Organisation rund um die Einsatzmittel der Polizei in einem eigenen Präsidium zu bündeln?

Reinstädt: Den größten Vorteil sehe ich zum einen darin, dass wir damit größtmögliche Synergieeffekte bei Beschaffung, Technik und Ausstattung in Quantität und Qualität gewährleisten und zum anderen, dass wir unmittelbar auf taktische Gegebenheiten reagieren können, was letztendlich zu einer standardisierten Ausstattung mit den Merkmalen Kompatibilität, Qualität und Wirtschaftlichkeit führt.

Konsequenterweise werden die dafür benötigten technischen, vergaberechtlichen und logistischen Kompetenzen in meiner Behörde gebündelt und mit Fachteams aus allen Bereichen polizeilichen Arbeitens ergänzt, die die besonderen Aspekte der Kriminalitätsbekämpfung und der polizeilichen Gefahrenabwehr einbringen. Dies entlastet die Polizeibehörden von speziellem juristischem und verfahrenstechnischem Aufwand, ermöglicht das wirtschaftliche Vorhalten von Fachkräften mit hohem Spezialisierungsgrad, setzt Standards und führt Beschaffungsbedürfnisse der Polizei zu sinnvoll gebündelten Verfahren, die sich für das Land auch in gesparten Euro niederschlagen, zusammen.

Das PTLV ist aber nicht nur Vergabe- und zentrale Beschaffungsstelle für die Polizeibehörden, sondern führt im Regelfall auch die tatsächliche Beschaffung einschließlich der logistischen

„Im Rahmen der stufigen Einführung des HessenPC bei der Polizei steht in diesem Jahr die Migration der Betriebsumgebung der Polizei auf die Zentrale Betreiber-Plattform des HessenPC im Fokus.“

Abwicklung für die Polizeibehörden zentral durch. So werden in diesem Jahr 52 Prozent des Sachmittelbudgets und 75 Prozent des Investitionsbudgets der Polizei für zentrale Leistungserbringung durch das PTLV für die Polizei verausgabt.

INFORM: Gibt es auch Nachteile?

Reinstädt: Restriktive Bündelung birgt in sich die Gefahr, zu einem Flaschenhals zu werden. Deshalb haben wir im Beschaffungswesen einen zentralen Arbeitsprozess mit klaren Handlungsanweisungen und Kriterien für die hessische Polizei etabliert. Um jedoch die Handlungsfähigkeit zu gewährleisten, bietet unser Beschaffungsprozess den einzelnen Polizeipräsidien für einen Großteil von Kleinbeschaffungen einen hohen Freiheitsgrad und immer da, wo technische Vorgaben bzw. Bündelung von Vorteil oder zwingend erforderlich sind, auch um den gewünschten Synergieeffekt zu erzielen, werden von meiner Behörde flächendeckende Rahmenverträge verhandelt, aus denen sich die Präsidien bedarfsgerecht bedienen können.

INFORM: HZD und PTLV arbeiten in der Informations- und Kommunikationstechnik eng zusammen. Eines der größten gemeinsamen Projekte ist derzeit die Einführung des HessenPC bei der Polizei. Welche Herausforderungen sind bei der Einführung des zentralen Verwaltungsarbeitsplatzes zu meistern?

Reinstädt: Im Rahmen der stufigen Einführung des HessenPC bei der Polizei steht in diesem Jahr die Migration der Betriebsumgebung der Polizei auf die Zentrale Betreiber-Plattform des HessenPC im Fokus.

Die im Rahmen des HessenPC 3.0 erfolgte Standardisierung der Bürokommunikation auf Basis der Anforderungen an einen Verwaltungsarbeitsplatz kann nicht eins zu eins übernommen werden. Ein besonderes Schutzniveau im Bereich der Datensicherheit erfordern BSI-zugelassene Produkte und die Nutzung von Fachverfahren stellt spezielle Anforderungen an eine Plattformbasis.

Die Spezifika der Fachverfahren der Polizei - wie Auskunfts- und Recherchesysteme, Vorgangsbearbeitungssysteme oder Biometrische Anwendungen - sind historisch gewachsen und stark geprägt von Kooperationsentwicklungen mit anderen Ländern, die im Hinblick auf eine länderübergreifende Gesamtstandardisierung der IT-Landschaft zweifelsohne verschiedenster Optimierungsansätze bedürfen. Um hier auf einem standardisierten Verwaltungs-Arbeitsplatz wie dem HessenPC 3.0 aufsetzen zu können, bedarf es Anstrengungen von Seiten der Polizei. Zum gegebenen Zeitpunkt ist eine Nutzungsmöglichkeit nur bedingt gegeben, sodass ein Ressort-spezifischer Gesamtarbeitsplatz im Rahmen des HessenPC erwachsen wird.

INFORM: Was sind die wichtigsten technischen Herausforderungen für die hessische Polizei und wie kann die HZD dabei unterstützen?

Reinstädt: Täterermittlung bedeutete für die Polizei schon immer die Optimierung ihrer Informationsverarbeitung, des sog. „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes“, um Tat- und Täterzusammenhänge erkennen zu können. Dieser Aufgabe kommt vor dem Hintergrund ländergrenzenüberschreitender, nationaler und internationaler Täter und Tätergruppen eine herausragende Bedeutung zu und hier spielt die Informationstechnik eine tragende Rolle.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf es völlig neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Angefangen bei einer sich verändernden Ausrichtung des BKA zu einem IT-Polizeidienstleister der Länder und des Bundes für bestimmte polizeiliche Fachverfahren bis hin zu einem zugeschnittenen Portfolio für Landesdienstleister mit Schwerpunktaufgaben für spezielle Fachbereiche polizeilicher Arbeit, bei denen sich die Länderpolizeien im Zusammenwirken mit dem BKA künftig bedienen können. Hier bietet sich auch ein mögliches neues Geschäftsfeld für die HZD.

Offenkundig ist die Aufgaben- und Kompetenzverlagerung nicht nur ein technischer, sondern vielmehr ein politischer Prozess, in dem hierzu ein föderaler Anwendungsrahmen zu schaffen und umzusetzen ist.

INFORM: Bei Ihrer Amtseinführung warben Sie außer für eine zügige Reorganisation auch für eine Namensänderung des PTLV in „Hessisches Polizeipräsidium für Technik“. Warum bzw. was ist daraus geworden?

Reinstädt: Die Namensänderung mag man als Petitesse sehen, sie ist jedoch der ausdrückliche Wunsch der Mitarbeiter, die die in 2012 begonnene Neuausrichtung der Behörde und den damit verbundenen Neuanfang auch mit einem neuen Namen versehen haben wollen. Zudem lässt die jetzige Behördenbezeichnung, für sich alleine stehend, nicht erkennen, dass wir „Polizei“ sind, was mit der neuen Behördenbezeichnung „Hessisches Polizeipräsidium für Technik“ ein Ende haben wird.

Gut Ding braucht Weile: Da unsere Behördenbezeichnung, wie auch Aufgaben und Zuständigkeiten, im Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung normiert sind, bedarf jede Änderung des parlamentarischen Verfahrens. Wenn alles nach Plan läuft, könnte das in diesem Jahr noch Realität werden.

INFORM: Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Friederike van Roye, HZD.